

Inhalt

Geleitwort	9
Einleitung	11
Einleitende Überlegungen	11
Unsicherheitsempfinden im Kontext individuellen und organisationalen Handelns	17
Quellenlage und Forschungsstand	24
Anlage der Arbeit	29
1. Grundlagen der Untersuchung	33
1.1. Thematische Eingrenzung, Untersuchungsgegenstand und -zeitraum	33
1.2. Anstalten als Orte der Transformation von Unsicherheit	38
1.3. Rechtsgrundlagen psychiatrischer Zwangseinweisungen im 19. Jahrhundert	45
2. Reformversuche des Unterbringungsrechts im späten Kaiserreich	49
2.1. Mediale Einzelfälle als Antrieb gesetzlicher Reformen	50
2.2. Ansätze einer reichsweiten Regelung	50
2.3. Ansätze auf der Landesebene	53
2.3.1. Das badische Irrenfürsorgegesetz von 1910	53
2.3.2. Preußische Regelungsanläufe	56
3. Zwischen staatlicher Kontrolle und ärztlicher Autonomie – Das Ringen um verbindliche Einweisungsregeln in der Weimarer Republik	61
3.1. Ärztliche Abwehrerfolge – Das Scheitern eines umfassenden Irrenfürsorgegesetzes	62

3.1.1. Innerbürokratische Diskussionen über die Neuregelung des ‚Irrenrechts‘	62
3.1.2. Die Grundzüge zu einem Schutzgesetz für Geisteskranke von 1923	65
3.1.3. Preußische Alleingänge.....	81
3.2. Zwangseinweisung als polizeiliche Aufgabe – Das preußische Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 und der zugehörige Runderlass	94
3.2.1. Unterbringungsrecht als Nebenfolge einer Verwaltungsreform.....	95
3.2.2. Die Genese des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes in der Ministerialverwaltung.....	101
3.2.3. Das Polizeiverwaltungsgesetz im Parlament.....	110
3.2.4. Psychiatrische Zwangseinweisungen im preußischen Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 und den folgenden Rechtsverordnungen	113
3.2.5. Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit	121
3.3. (K)ein rechtsfreier Raum – Psychiatrische Zwangseinweisungen in der Weimarer Republik.....	133
4. Devianz als Gefahr für die ‚Volksgesundheit‘ – Normen und Praxis der nationalsozialistischen Psychiatrie.....	137
4.1. ‚Rassenhygiene‘ als Staatsräson – Der Umgang mit psychischer Devianz im ‚Dritten Reich‘	138
4.1.1. Die „Ideenkerne“ der NS-Gesundheitspolitik und ihre Auswirkungen auf die Psychiatrie	140
4.1.2. Nationalsozialistische Verbrechen hinter der „Fassade des ‚bürgerlichen Rechtsstaats‘“	144
4.2. Von der Erfassung bis zur Vernichtung – Normen und Maßnahmen im Zusammenhang mit psychischer Devianz nach 1933.....	146
4.2.1. Das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (GVG).....	147
4.2.2. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN)	151
4.2.3. Die nationalsozialistischen Krankenmorde	155
4.3. Der untaugliche Versuch einer Neuregelung des ‚Irrenrechts‘ im Jahr 1944	163
4.4. Expandierende Unsicherheiten – Psychische Devianz in der Diktatur.....	166

5. Ein schweres Erbe – Unterbringungsrecht und Psychiatrie in der Besatzungszeit	169
5.1. West – Entwicklungen in der britischen Besatzungszone	171
5.1.1. Unterbringungsrecht und -praxis	171
5.1.2. Der Umgang mit den Medizinverbrechen nach 1945	173
5.2. Ost – Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone	177
5.2.1. Unterbringungsrecht und -praxis	177
5.2.2. Der Umgang mit den Medizinverbrechen nach 1945	184
5.3. Keine ‚Stunde Null‘ – Erbe und Gegenwart der Psychiatrie in der Besatzungszeit	190
 6. Richter an die Macht – Die Reform der Unterbringungsgesetzgebung in der frühen Bundesrepublik	193
6.1. Die Zweifel der Öffentlichkeit – Psychiatrische Einweisungen im Fokus der Medien nach 1949	195
6.2. Die umstrittene Gültigkeit des Art. 104 GG und die Rechtslage in den Ländern	203
6.3. Verwaltungsbeamte als Schrittmacher einer Reform – Die Genese des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen von 1956	216
6.3.1. Die Erarbeitung eines Ausführungsgesetzes zu Art. 104 GG in der Ministerialverwaltung	217
6.3.2. Die Verhandlung des Gesetzentwurfs im Bundestag	232
6.3.3. Das Verhältnis von Verwaltung und Interessenverbänden	246
6.4. Gesetzesreform als Privatprojekt – Das erneute Scheitern eines Irrenfürsorgegesetzes in der Bundesrepublik	253
6.4.1. Die Gesetzentwürfe Friedrich Kochs (BMI)	253
6.4.2. Weimarer Wurzeln? – Kontinuitäten und Brüche im Vergleich der Anläufe zu einem Irrenfürsorgegesetz in Weimar und Bonn	263
6.5. Die Landesgesetzgebung nach dem Scheitern des Bundesgesetzgebers – Das Beispiel Nordrhein-Westfalen	268
6.6. Alte Unsicherheiten im neuen Staat – Unterbringungsrecht in der Bundesrepublik	273

7. Überholen ohne einzuholen – Das DDR-Unterbringungsrecht bis ins Jahr 1968	279
7.1. Ein delikates Problem – Ungerechtfertigte Zwangseinweisungen im sozialistischen Staat.....	280
7.2. Sozialismus unter Zugzwang – Die Arbeiten an einer Unterbringungsverordnung und der Blick nach Westen	285
7.3. Das Gesetz über die Einweisung in stationäre Einrichtungen für psychisch kranke Personen von 1968.....	298
7.4. Der Klassenfeind als Kontrastfolie – Unterbringungsrecht im ‚anderen Deutschland‘	303
Unterbringungsrecht zwischen Weimar, Bonn und Ostberlin.....	309
Fazit	309
Ausblick und Schluss	327
Danksagung	331
Abkürzungen	333
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	335
Quellen.....	335
Ungedruckte Quellen.....	335
Gedruckte Quellen.....	336
Literatur	339
Personenregister	360